

# Brisante Themen in Caceres

Reichlich Sprengstoff bei EU-Aussenministertreffen in Spanien – Erstmals gemeinsamer militärischer Einsatz angestrebt

CACERES/SPANIEN: Informelle Treffen der EU-Aussenminister bergen meist reichlich Sprengstoff. Am Freitag kamen die 15 zu zweitägigen Beratungen im spanischen Caceres zusammen, um über die anstehenden Aufgaben zu beraten – ganz entspannt und ohne Beschlüsse zu fassen, wie immer bei den zwei Mal pro Jahr stattfindenden informellen Gesprächen. Die Themen allerdings waren auch diesmal brisant: Wird die EU erstmals die Leitung einer militärischen Mission übernehmen? Wie wird die Erweiterung um zehn Länder finanziert? Wie kann der Nahost-Konflikt gelöst werden?

Antworten wollten die Minister auf Einladung des spanischen Ressortchefs Josep Pique in der historischen Kleinstadt Caceres in der autonomen Region Extremadura im Westen des Landes finden. Seit 1986 steht die mit Bauwerken aus Renaissance und Gotik geschmückte Altstadt von Caceres als Weltkulturerbe unter dem Schutz der UNESCO. Am Abend wollten sich die Minister, darunter auch der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi, von der Pracht bei einem Spaziergang selbst überzeugen.

So weit die Entspannung. Schon beim Mittagessen befassten sich die Minister mit ernsteren Dingen. Die Möglichkeit, dass die EU erstmals unter dem Schirm der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) die Führung einer militärischen



Am Freitag kamen die EU-Aussenminister (Bildmitte: Italiens Premier- und Aussenminister Berlusconi) zu Beratungen in Spanien zusammen. Die Themen sind auch dieses Mal wieder äusserst brisant.

Operation übernimmt, stand zur Debatte. Im Visier hat die EU den unter NATO-Leitung laufenden Einsatz in Mazedonien. Das am 26. März ablaufende Mandat der Allianz wird zunächst voraussichtlich um drei Monate verlängert, was danach geschieht, ist offen.

Die grundsätzliche Einsatzbereitschaft der schnellen Eingreiftruppe hatten die EU-Staats- und Regierungschefs am dem Gipfel Mittel Dezember

in Laeken erklärt. Zumindest die amtierende spanische EU-Ratspräsidentin und EU-Chefaussenpolitiker Javier Solana dringen nun darauf, dass die Union das Ruder in Mazedonien übernimmt. Auch Italien hat bereits Zustimmung signalisiert und Bundesausserminister Joschka Fischer sprach von «interessanten Vorstellungen», denen die Bundesregierung «sehr viel Sympathie» entgegenbringe.

Voraussetzung dafür sei allerdings,

dass die Mission ein Erfolg werde, betonte Fischer. Beim informellen Treffen der Aussenminister vergangenen September im belgischen Genval hatte Fischer ein Papier vorgelegt, in dem er die EU für die Übernahme der Mission in Mazedonien für noch nicht reif genug befand. Schon damals hatte der Minister betont, dass der erste Einsatz einer EU-Truppe unbedingt ein Erfolg werden müsse. Würde die Lage in Mazedonien unter ihrer Leitung wieder

eskalieren, wäre die Premiere der ESVP in die Hosen gegangen.

Allerdings ist völlig offen, ob die NATO das Mandat überhaupt abgeben will. Immerhin würde sich die Allianz damit von einer ihrer letzten laufenden Missionen verabschieden und weiter in der Versenkung verschwinden. Zudem müsste die EU auf logistische Strukturen der Allianz zurückgreifen. Ein entsprechendes Abkommen beider Seiten steht noch aus.

Zurzeit besteht die seit September vergangenen Jahres laufende Mission «Amber Fox», die den Schutz der Beobachter von EU und OSZE in Mazedonien garantieren soll, aus 1000 Soldaten und steht unter deutscher Führung. Neben der Bundeswehr sind Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und Polen beteiligt.

Für die EU aber wesentlich einschneidender ist die Frage, wie die für 2004 geplante Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten finanziert werden soll. Das Thema stand erst am späteren Nachmittag an, die Fronten sind aber bereits abgesteckt: Die jetzigen Mitgliedstaaten möchten möglichst wenig bezahlen, die neuen Mitgliedstaaten möglichst viel bekommen.

Die EU-Kommission will für 2004 bis 2006 gut 40 Milliarden Euro für die Erweiterung ausgeben. Dies ist zwar rund zwei Milliarden Euro weniger als bislang geplant. Besonders Deutschland, das rund einen Viertel des EU-Haushalts trägt, aber auch Frankreich wollen weit weniger ausgeben.

Weniger einmütig steht es im deutsch-französischen Verhältnis in der Frage der Direktzahlungen für Bauern, von denen Frankreich mit Abstand am meisten profitiert.

## USA gewähren Taliban-Gefangenen Schutz der Genfer Konvention

Aber nicht El-Kaida-Kämpfern in Guantanamo – 186 Gefangene in Stützpunkt auf Kuba

WASHINGTON: In Abkehr von ihrer bisherigen Haltung billigen die USA künftig gefangenen Taliban-Kämpfern den Schutz der Genfer Konvention zu. El-Kaida-Kämpfern in Guantanamo wird nach einer Entscheidung von Präsident George W. Bush dieser Status aber weiter verwehrt.

Der Sprecher des Weissen Hauses, Ari Fleischer, betonte am Donnerstag in Washington, dass sich am Alltag der inzwischen 186 auf dem kubanischen US-Stützpunkt Guantanamo festge-

haltenen Gefangenen aus dem Afghanistankrieg nichts grundlegend ändern werde: «Sie werden weiterhin gut behandelt werden, denn das ist es, was die USA machen.» Verteidigungsminister Donald Rumsfeld stellte klar, dass gefangene Taliban weiterhin nicht als Kriegsgefangene betrachtet würden.

Während Grossbritannien die Washingtoner Entscheidung begrüsst, zeigten sich Menschenrechtsorganisationen unzufrieden: Gerade aus der Anerkennung der Genfer Konvention für gefangene Taliban ergebe sich auch, dass es sich um Kriegsgefangene

handele, sagte ein Sprecher des New Yorker Zentrums für Verfassungsrechte, Michael Ratner. Die Anerkennung als Kriegsgefangene würde den in Guantanamo festgehaltenen Taliban zusehen, in Verhören nicht mehr als ihren Namen, militärischen Rang und ihre Erkennungsnummer angeben zu müssen. Nach dem Ende der Feindseligkeiten müssten sie zudem freigelassen werden. Die USA betrachten die Gefangenen in Guantanamo dagegen als «unrechtmässige Kämpfer», die von Militärgerichten abgeurteilt werden können.

Formell wurde die Kehrtwende gegenüber den gefangenen Taliban damit begründet, dass Afghanistan die Genfer Konvention unterzeichnet habe – das mutmassliche Terrornetzwerk El Kaida aber nicht. Aus Washingtoner Regierungskreisen verlautete, man wolle damit erreichen, dass US-Soldaten den Schutz der Genfer Konvention gewährt bekommen, sollten sie in Afghanistan von Taliban-Kämpfern gefangen genommen werden.

Die Bilder der gefesselten und in Käfigen untergebrachten Gefangenen, die zum Teil auf Pritschen geschnallt

wurden, hatten heftige internationale Kritik ausgelöst. Die Anwälte eines von US-Soldaten in Afghanistan gefangenen genommenen Australiers erklärten, sie wollten nunmehr prüfen, ob die Konvention für ihren Mandanten gelte. David Hicks soll in einem Trainingslager der El Kaida gelebt und dort eine Kampfausbildung erhalten haben. Auch britische, französische, jemenitische, kuwaitische, saudiarabische und schwedische Staatsangehörige sind unter den Gefangenen. Einige dieser Länder haben die Auslieferung ihrer Bürger beantragt.

## Bekämpfung der Armut

Afrikanische Staatschefs beraten in Paris

PARIS: Strategien zur Bekämpfung der Armut und zur Konfliktprävention haben im Mittelpunkt eines Gipfeltreffens von 13 afrikanischen Staats- und Regierungschefs am Freitag in Paris gestanden.

Der französische Präsident Jacques Chirac bekräftigte in seiner Rede zur Eröffnung des Gipfels, die sieben führenden Industrienationen und Russland (G8) würden die so genannte «Neue Partnerschaft für die Entwicklung in Afrika» (NEPAD) unterstützen.

Er forderte die afrikanischen Staaten auf, Prioritäten zu setzen, «um sich besser in die Weltwirtschaft einzufügen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und so eine dauerhafte Entwicklung in Gang zu bringen». Es werde dabei notwendig sein, den privatwirtschaftlichen Sektor einzubeziehen. An den Afrikanern werde es liegen, die Voraussetzungen für ein Engagement der Wirtschaft und damit für vermehrte Investitionen in ihren Ländern zu schaffen. Gleichzeitig bezeichnete der französische Präsident

den Rückgang der internationalen Hilfen für Afrika als unannehmbar. Die Auslandsunterstützung sei in einem nicht vertretbaren Ausmass gesunken und vergrössere die Kluft zwischen Afrika und der restlichen Welt noch mehr.

Auf dem Gipfel, der der «Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas» (NEPAD) gewidmet ist, wurden Konzepte für eine bessere Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten untereinander und mit dem Westen vorgestellt.

Die Ergebnisse sollen auch im Juni auf dem nächsten G 8-Gipfel in Kanada besprochen werden, nachdem sich die Teilnehmer nach Chiracs Worten bereits auf dem G 8-Gipfel in Genua im vergangenen Jahr auf dieses Konzept geeinigt hatten. Am Gipfeltreffen nahmen die Staats- und Regierungschefs von Senegal, Nigeria, Algerien, Ägypten, Sambia, Burkina Faso, Gabun, Kamerun, Kenia, Äthiopien, Mauritius und Mosambik teil. Südafrika wurde durch Vize-Präsident Jacob Zuma vertreten.



Am Gipfeltreffen nahmen die Staats- und Regierungschefs von Senegal, Nigeria, Algerien, Ägypten, Sambia, Burkina Faso, Gabun, Kamerun, Kenia, Äthiopien, Mauritius und Mosambik teil.